

Martin Heyes

Ursachen, Rahmenbedingungen
und neue Rechtfertigungsansätze
zur Zinsschranke
(§ 4h EStG, § 8a KStG)



DWS-Schriftenreihe Nr. 29

Martin Heyes

**Ursachen, Rahmenbedingungen
und neue Rechtfertigungsansätze
zur Zinsschranke
(§ 4h EStG, § 8a KStG)**

**Herausgegeben vom
Deutschen wissenschaftlichen
Institut der Steuerberater e.V.**



**Verlag des wissenschaftlichen Instituts
der Steuerberater GmbH
Berlin**

Autor: Martin Heyes

Titel: Ursachen, Rahmenbedingungen und neue Rechtfertigungsansätze zur Zinsschranke (§ 4h EStG, § 8a KStG)

Herausgeber: Deutsches wissenschaftliches Institut der Steuerberater e.V.

Verlag: Verlag des wissenschaftlichen Instituts der Steuerberater GmbH
Behrenstr. 42
10117 Berlin
Tel.: 030 / 28 88 56 73
Fax: 030 / 28 88 56 70
Internet: www.dws-verlag.de
E-Mail: info@dws-verlag.de

Gesamtherstellung: DCM Druck Center Meckenheim GmbH,
www.druckcenter.de

ISBN: 978-3-933911-65-0

1. Auflage 01/2014

Dieses Produkt wurde mit äußerster Sorgfalt bearbeitet, für den Inhalt kann jedoch keine Gewähr übernommen werden.

Alle Rechte, insbesondere das Recht der Vervielfältigung und Verbreitung sowie der Übersetzung, sind dem Verlag vorbehalten. Kein Teil des Werkes darf in irgendeiner Form (durch Fotokopie, Mikrofilm oder ein anderes Verfahren) ohne schriftliche Genehmigung des Verlages reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme verarbeitet werden.

Ursachen, Rahmenbedingungen und neue Rechtfertigungsansätze zur Zinsschranke (§ 4h EStG, § 8a KStG)

Inauguraldissertation

zur Erlangung des akademischen Grades eines Doktors der Rechte durch die Juristische Fakultät der Ruhr-Universität Bochum

vorgelegt von

Martin Heyes, Düsseldorf

Dekan:	Prof. Dr. Gereon Wolters
Erstgutachter:	Prof. Dr. Roman Seer
Zweitgutachter:	Prof. Dr. Heinz-Klaus Kroppen
Tag der mündlichen Prüfung:	20. Juni 2013

LESEPROBE

VORWORT

Die vorliegende Arbeit untersucht die 2008 eingeführte sog. Zinsschranke, einem dogmatisch höchst interessantem Fremdkörper im System der Unternehmensbesteuerung. Unter dem Schlagwort „BEPS“ (Base Erosion and Profit Shifting) ist die Steuervermeidung durch steueroptimierte Ausgestaltung der Fremdfinanzierung international agierender Unternehmensgruppen im Sommer 2013 aktueller denn je.

Die Arbeit wurde von der Juristischen Fakultät der Ruhr-Universität Bochum im Sommersemester 2013 als Dissertation angenommen. Für die Veröffentlichung wurden Gesetzesänderungen, Rechtsprechung und Literatur bis September 2012 berücksichtigt.

Danken möchte ich an erster Stelle meinem akademischen Lehrer, Herrn Prof. Dr. Roman Seer, der die Arbeit in konstruktiver Weise betreut und mein Dissertationsvorhaben stets überaus wohlwollend unterstützt und gefördert hat. Herrn Prof. Dr. Heinz-Klaus Kroppen danke ich für die zeitnahe Erstellung des Zweitgutachtens.

Diese Arbeit wurde mit dem Promotionspreis 2013 der WRT-Stiftung, Hagen, sowie dem Förderpreis 2013 des Deutschen wissenschaftlichen Instituts der Steuerberater e.V. (DWS-Institut), Berlin, ausgezeichnet. Ich bedanke mich herzlichst für diese Auszeichnungen sowie die Aufnahme der Arbeit in der Schriftenreihe des DWS-Instituts unter Übernahme der Druckkosten.

Meinem Arbeitgeber, der Warth & Klein Grant Thornton AG, Düsseldorf, und meinen Kollegen danke ich für die die beruflbegleitende Bearbeitung erforderlichen Freiräume.

Ohne die kontinuierliche Unterstützung meiner Frau Kerstin, meiner Familie und Freunde wäre diese Arbeit nicht möglich gewesen. Auch Ihnen gebührt mein Dank.

Düsseldorf, im Dezember 2013

Martin Heyes

INHALTSVERZEICHNIS

Inhaltsverzeichnis	I
Abkürzungsverzeichnis	X
Erster Teil - Einführung / Systematische Grundlagen	1
A. Einleitung	1
I. Zinsschranke und Unternehmensteuerreform 2008	1
II. Ziel der Arbeit / Gang der Untersuchung / Fragestellungen	3
III. Vorbemerkung zum Begriff „Konzern“	4
B. Einführung einer Zinsschranke in EStG/KStG	5
I. Entstehung und Entwicklung	5
II. Grundregel: Zinsschranke	8
1. Grundregel § 4h Abs. 1 EStG	8
2. Anwendung auf Betriebe	9
3. Verrechenbares EBITDA	10
4. Periodenübergreifende Komponente durch EBITDA- und Zinsvortrag	13
III. Ausnahmetatbestände: § 4h Abs. 2 EStG	15
1. Freigrenze/Mittelstandskomponente § 4h Abs. 2 S. 1 a) EStG	15
2. Konzernfreiheit, § 4h Abs. 2 S. 1 b) EStG	17
3. Eigenkapitalvergleich, § 4h Abs. 2 S. 1 c) EStG	20
a) Konzeption	20
b) Ermittlung der Berechnungsgrundlagen für Konzern und Betrieb	21
(1) Vergleichbarkeit und Rechnungslegungsstandard	21
(2) Konzernabschluss	22
(3) Betrieb	24
IV. Rückausnahmen bei Gesellschafterfremdfinanzierung (§ 8a Abs. 2 / 3 KStG)	26
1. Konzeption	26
2. Problemkreis rückgriffsberechtigte Dritte	29
3. Problemkreis Nachweispflicht	30
C. Steuergestaltung durch Ausgestaltung der Gruppenfinanzierung	31
I. Bestandsaufnahme und Rahmenbedingungen	31
1. Bestandsaufnahme und Ziele des Gesetzgebers	31
a) Befund: Ergebnisverlagerung durch Finanzierungsgestaltungen und gesetzgeberischer Handlungsbedarf	31
b) Ansätze zur Analyse der Zinsschrankenregelung	33
c) Steuerminderung und Ergebnisverlagerung	33
2. Ergebnisverlagerungsanreiz durch internationalen Steuerwettbewerb	34
a) Steuerbelastung als Kostenfaktor für Unternehmen	34
b) Anreize zur Ergebnisverlagerung durch internationalen Steuerwettbewerb	35
3. Verlust von Steuersubstrat als problematische Komponente	41
a) Steuerrecht und Verlagerung von Steuersubstrat	41
b) Abhängigkeit der Bewertung von der jeweiligen Perspektive	43
II. Technik der Ergebnisverlagerung durch Finanzierungsgestaltungen	44
1. Problematische Fallgruppen	44
2. Abgrenzung zur fehlenden Fremdüblichkeit von Finanzierungsgestaltungen	46
a) Trennungsprinzip und Fremdvergleichsgrundsatz	46
b) Praktische Schwierigkeiten	50

c)	Dilemma der Besteuerung verbundener Unternehmen	52
3.	Besteuerung nicht entscheidungsneutral	53
4.	Systematische Grundlagen	54
a)	Unternehmensfinanzierung und Bilanzierung	54
(1)	Systematisierung der Unternehmensfinanzierung	54
(2)	Grundsätze der Vergütung der Kapitalüberlassung	57
(3)	Einordnung der Finanzierung nach Gesellschafts- und Bilanzrecht	59
(4)	Bilanzielle Einordnung der Kosten der Finanzierung	61
(5)	Steuerbilanz und Maßgeblichkeit der Handelsbilanz	62
(6)	Zwischenergebnis	63
b)	Fehlende Finanzierungsneutralität der Besteuerung	64
(1)	Differenzierte Besteuerung von Fremd- und Eigenkapitalvergütungen	64
(2)	Zuordnung und Besteuerung der Erträge aus Kapitalüberlassung	66
(3)	Finanzierungsfreiheit der Kapitalgesellschaften	68
(4)	Grenzüberschreitende Zuordnung und Besteuerung	70
(5)	Alternative Besteuerungskonzepte, Beispiele Belgien, Brasilien und Italien	73
5.	Betriebswirtschaftliche Aspekte	75
a)	Funktion- und Bedeutung von Eigen- und Fremdkapitalfinanzierung	75
b)	Existiert eine allgemeingültige optimale Kapitalstruktur?	77
6.	Steuerlicher Missbrauchs begriff und Finanzierungs gestaltungen	80
a)	Allgemeines nationales Verständnis von Missbrauch, § 42 AO	80
b)	Einfluss des Europarechts	85
c)	Spezialgesetzliche Missbrauchskonkretisierungen	86
d)	Konsequenzen für missbräuchliche Finanzierungs gestaltungen	88
III.	Fallgruppenanalyse	88
1.	Fallgruppenbildung und gemeinsamer Ansatz	88
a)	Abweichende Bildung von Fallgruppen	88
b)	Gemeinsamer Grundsatz der Fallgestaltungen	89
2.	Hauptfallgruppe A: Finanzierungs gestaltungen mit nahestehenden Personen	90
a)	Gesellschafterfremdfinanzierung	90
(1)	Fallgestaltungen	90
(2)	Technik / Funktionsweise	93
(3)	Untersuchung der Missbräuchlichkeit	95
(4)	Maßnahmen des Gesetzgebers / spezialgesetzliche Missbrauchsnormen	98
b)	Outbound-Beteiligungsfinanzierung	100
(1)	Fallgestaltungen	100
(2)	Technik / Funktionsweise	101
(3)	Untersuchung der Missbräuchlichkeit	103
(4)	Maßnahmen des Gesetzgebers / spezialgesetzliche Missbrauchsnormen	105
c)	Zwischenschaltung von Finanzgesellschaften	106
(1)	Fallgestaltungen	106
(2)	Technik / Funktionsweise	109
(3)	Untersuchung der Missbräuchlichkeit	110
(4)	Maßnahmen des Gesetzgebers / spezialgesetzliche Missbrauchsnormen	113
3.	Hauptfallgruppe B: Finanzierungs gestaltungen mit fremden Dritten	116
a)	Outbound - Beteiligungs-Refinanzierung	116
(1)	Fallgestaltungen	116
(2)	Technik / Funktionsweise	120
(3)	Untersuchung der Missbräuchlichkeit	127
(4)	Maßnahmen des Gesetzgebers / spezialgesetzliche Missbrauchsnormen	130
b)	Inbound - Akquisitionsfinanzierung / LBO	130
(1)	Fallgestaltungen	130
(2)	Technik / Funktionsweise	134
(3)	Untersuchung der Missbräuchlichkeit	137
(4)	Maßnahmen des Gesetzgebers / spezialgesetzliche Missbrauchsnormen	141
c)	Restfälle: Steueroptimale Bandbreitennutzung	142
(1)	Fallgestaltungen	142
(2)	Technik / Funktionsweise	143
(3)	Untersuchung der Missbräuchlichkeit	143
(4)	Maßnahmen des Gesetzgebers / spezialgesetzliche Missbrauchsnormen	145

IV. Ergebnisse der Fallgruppenanalyse	146
1. Gemeinsamkeiten der Gestaltungsmodelle	146
a) Ergebnis / Resultat	146
b) Voraussetzungen / Eckdaten	147
c) Materieller Kern	148
2. Missbräuchlichkeit der Finanzierungsgestaltungen	150
a) Kein Missbrauch im Sinne des § 42 AO	150
b) Erweitertes fiskalisches Missbrauchsverständnis festzustellen	151
c) Maßstäbe zur gerechten Aufteilung von Besteuerungssubstrat	152
(1) Gerechte Aufteilung stets schwierig durch Interessengegensätze	152
(2) Herleitung der Besteuerungsrechte und Wertungswiderspruch	154
(3) Pragmatische Lösung der Doppelbesteuerungsabkommen	156
d) Missbrauch im Inlandsfall?	156
3. Zusammenfassung	159
D. Beschränkung des Zinsabzugs durch Unterkapitalisierungsregelungen	160
I. Rahmenbedingungen	160
1. Basisprobleme spezialgesetzlicher Missbrauchsnormen	160
2. Ansätze zur Beurteilung der Angemessenheit von Fremdkapitalisierung	161
a) Bemessung der Fremdfinanzierung durch bilanzanalytische Kennziffern	161
b) Betriebswirtschaftlicher Ansätze und Rating	162
c) Vergleichsgruppen / Benchmarking	164
3. Feststellung unangemessener Gestaltungen	166
a) Erforderliche Missbrauchskomponente bei Unterkapitalisierung	166
b) Typisierung	167
II. Grenzüberschreitender Überblick und konzeptionelle Ansätze	167
1. Kein international abgestimmtes Vorgehen	167
2. Gruppierung nach dem konzeptionellen Ansatz	169
a) Verschuldungsgrad	169
b) Ergebnsgrenze	170
c) Sonstige	172
3. Weitere Differenzierungsmerkmale	172
a) Gesellschafterfremdfinanzierung und Einbeziehung Darlehen Dritter	172
b) Inlandsanwendung	173
c) Rechtsfolgen	175
III. Systematische Unzulänglichkeiten der Unterkapitalisierungsregelungen	176
1. Konzeptionelle Schwachstelle: Ermittlung von Unterkapitalisierung	176
a) Bestimmung des Umfangs der Fremdfinanzierung	176
b) Festlegung einer Unterkapitalisierungsgrenze	177
c) Aussagekraft, Strukturelle Stärken und Schwächen der Kennzahlen	179
(1) Kapitalstruktur / Verschuldungsgrad	179
(2) Ergebnsgrenze	182
d) Bedeutung der Schwachstellen in Abhängigkeit vom Anwendungsbereich	186
(1) Beschränkung auf grenzüberschreitende Fälle	186
(2) Beschränkung auf Gesellschafterdarlehen	186
e) Lösungsansätze der nationalen Regelungen	187
2. Konzeptionelle Schwachstelle: Missbrauchstypisierung / Gegenbeweis	188
a) Unterkapitalisierung alleine kein Missbrauchsindikator	188
b) Beschränkung auf Gesellschafterfremdfinanzierung	190
c) Beschränkung auf grenzüberschreitende Zahlungen	191
d) Weitere potenzielle Abgrenzungsmerkmale	192
(1) Asymmetrische Gruppenfinanzierung	192
(2) Gruppenzugehörigkeit und Erfolg von Ergebnisverlagerung	193
3. Zwischenergebnis	194
a) Typisierte Unterkapitalisierungsnormen zwangsläufig fehlerbehaftet	194
b) Pragmatische Einschränkungen der nationalen Gesetzgeber	195

IV. Alternativer Ansatz im CCCTB-Richtlinienentwurf	196
1. Richtlinienentwurf: Liberale Regelung zur Verhinderung von Missbrauch	196
2. Aktuelle Diskussion: Implementierung einer Zinsschranke in die CCCTB?	198
V. Systematische Analyse der Wirkung der Konzeptionen	199
1. Ansatz der Untersuchung	199
2. Fallgruppenanalyse	199
a) Gesellschafterfremdfinanzierung	199
b) Outbound-Beteiligungsfinanzierung	199
c) Zwischenschaltung von Finanzgesellschaften	201
d) Outbound-Beteiligungsrefinanzierung	202
e) Inbound-Akquisitionsfinanzierung / LBO	202
f) Restfälle: Steueroptimale Bandbreitennutzung	203
3. Grundsätzliche Bewertung / Zwischenergebnis	203
VI. Zusammenfassung der Erkenntnisse	203
Zweiter Teil - Analyse und Beurteilung der Zinsschranke	207
A. Hypothese: Zinsschranke als Unterkapitalisierungsvorschrift	207
I. Grundsätzliche Einordnung	207
II. Typisierung von Unterkapitalisierung durch die Zinsschranke	207
III. Grundsätzlicher Anwendungsbereich	209
IV. Möglichkeiten zur Widerlegung des Missbrauchsverdachts	211
1. Nur stark typisierte Gegenbeispiele	211
2. Keine Exkulpation mittels Fremdvergleich	211
V. Gegenbeweis: Konzernfreiheit	212
1. Grundregel	212
2. Rückausnahme Gesellschafterfremdfinanzierung	213
VI. Gegenbeweis für Konzernfälle: Eigenkapitalquotenvergleich	213
1. Grundgedanke	213
2. Rückausnahme Gesellschafterfremdfinanzierung	214
VII. Zwischenergebnis: Grundrechtfertigung der Zinsschranke	214
1. Bisherige Bewertung der Zinsschranke ist kritisch zu reflektieren	214
2. Alternative Bewertung als Unterkapitalisierungsnorm vertretbar	217
B. Detailanalyse und -rechtfertigung der Zinsschranke	221
I. Ansatz und Ziel der Untersuchung	221
II. Gesetzestechnik / Umkehr der Beweislast	222
1. Zinsschranke ist keine allgemeine Zinsabzugsbeschränkung	222
2. Begründungsansätze für die gewählte technische Umsetzung	223
a) Verringerung der Umgehbarkeit	223
b) Umkehr der Beweislast	225
3. Bewertung der Negativformulierung	227
III. Anwendungsbereich der Zinsschranke	228
1. Anwendung auf alle Betriebe	228
a) Grundwertung	228
b) Mitunternehmerschaften	229
c) Betriebsstätten	230
d) Organschaften	231
e) Ausländische Körperschaften mit Immobilienbesitz im Inland	231

2.	Einbeziehung aller Zinsaufwendungen	232
3.	Unterschiedslose Anwendung auch im Inlandsfall	233
a)	Grundsätzliches	233
b)	Zinszahlungen an Empfänger im Inland	234
c)	Unternehmensgruppen ohne Auslandsaktivitäten	235
4.	Tatbestandsmerkmal Erfolg der Steuergestaltung	236
IV.	Freigrenze, § 4h Abs. 2 S. 1 a) EStG	237
1.	Typisiertes Missbrauchsindiz oder pragmatische Beschränkung	237
2.	Betragsmäßige Größenunterscheidung ungeeignet	239
3.	Anwendung je Betrieb und Wirtschaftsjahr nicht organisationsneutral	240
4.	Höhe der Freigrenze	242
5.	Freigrenze oder Freibetrag	243
6.	Zinssaldo	244
V.	Bemessung von Unterkapitalisierung mittels Zinsaufwand / EBITDA	245
1.	Grundsätzliche Eignung und konzeptionelle Schwächen	245
2.	Verwendung des EBITDA zur Bemessung der Ertragskraft	248
3.	Intertemporale Komponente: EBITDA- und Zinsvortrag	250
a)	Grundsätzliche Eignung zum Ausgleich ansatzimmanenter Schwächen	250
b)	EBITDA-Vortrag	251
c)	Zinsvortrag	254
d)	Regelungen zum Untergang	255
4.	Modifiziertes steuerliches EBITDA	259
a)	Anknüpfung an Steuerwerte grundsätzlich sachgerecht	259
b)	Problemfeld steuerfreie Einkünfte	260
c)	Steuerfreie Auslandsbetriebstätten einkünfte	260
d)	Ausschluss von Beteiligungseinkünften	262
e)	Gewinnanteile aus Mitunternehmerschaften	265
f)	Zinsschrankenprämisse <i>debt push down</i>	266
5.	Zinsbegriff und Anknüpfung an den Nettozinsaufwand	267
a)	Anknüpfung an den Nettozinsaufwand	267
b)	Zinsbegriff der Zinsschranke	268
6.	Festlegung eines allgemeinen Grenzwertes, 30%	269
a)	Konzeptionelle Schwierigkeiten	269
b)	Bewertung des gewählten Grenzwertes	270
c)	Empirische Erkenntnisse	273
(1)	Bislang keine belastbaren Untersuchungen zur Zinsschranke	273
(2)	Faustformeln	275
(3)	Ratingagenturen	275
(4)	Bilanzdatenbanken	280
(5)	Zwischenergebnis	282
d)	Empirische Branchenbetrachtung	284
(1)	Bilanzstatistiken der Bundesbank	284
(2)	Sonderthema Immobilienbranche	288
(3)	Sonstige Problemunternehmen	291
7.	Zwischenbewertung	291
VI.	Nichtanwendung bei Konzernfreiheit, § 4h Abs. 2 S. 1 b) EStG	293
1.	Grundsätzliche Eignung	293
2.	Konkrete Ausgestaltung – Abgrenzung	294
a)	Konzernabgrenzung als negatives Abgrenzungsmerkmal	294
b)	Korrektivfunktion von Minderheitsgesellschaftern unberücksichtigt	296
c)	Keine Abgrenzung anhand des Erfolgs der Steuergestaltung	297
3.	Einzelfragen	298
a)	Organschaften	298
b)	Einschränkende Auslegung der Verwaltung	298

VII. Anwendung bei Gesellschafterfremdfinanzierung, § 8a Abs. 2 KStG	300
1. Grundsätzliche Eignung und Missbrauchskonzeption	300
2. Notwendigkeit eines Fremdvergleichs	303
3. Erfolg der Steuergestaltung als Tatbestandsmerkmal	305
4. Einzelfragen zur konkreten Ausgestaltung	305
a) Körperschaften und diesen nachgeordnete Mitunternehmenschaften	305
b) Definition von wesentlich beteiligten Gesellschaftern und Nahestehenden	306
c) Rückgriffsberechtigte Dritte	307
d) Beweislast	309
e) 10% Nettozinsaufwand	310
f) Einheitliche Freigrenze für Gesellschafterfremdfinanzierungsfälle	315
VIII. Eigenkapitalvergleich, § 4h Abs. 2 S. 1 c) EStG	316
1. Konzeptioneller Ansatz und grundsätzliche Eignung	316
a) Grundsätzlicher Ansatz	316
b) Konzernabgrenzung nur bedingt geeignet	317
2. Eignung und Schwächen des Eigenkapitalquotenvergleichs	321
a) Eigenkapitalquotenvergleich grundsätzlich geeignet	321
b) Bemessung anhand nur einer Kennziffer	322
c) Kapitalstruktur zur Bemessung der Finanzierung nur beschränkt geeignet	323
d) Bedeutung der Kapitalstruktur von Konzernunternehmen	324
e) Eigenkapitalvergleich zum Stichtag und Toleranzgrenze	327
f) Verzerrungen durch Branchen, Bilanzierungsstandard, -gestaltung und regionale Besonderheiten	329
g) Eigen- vs. Fremdkapitalquote	333
3. Ermittlung von Eigenkapital und Bilanzsumme für Konzern und Betrieb	334
a) Zielvorgabe	334
b) Maßgebliche Konzernabschlüsse	334
c) Maßgeblicher Rechnungslegungsstandard	336
d) Technik und Vergleichbarkeit	339
e) Formvorschriften und Verifikation	340
4. Sonderthema Beteiligungsbuchwertkürzung	342
a) Bestandsaufnahme und Kritik	342
b) Zweck und Rechtfertigung der Beteiligungsbuchwertkürzung	344
c) Rechtfertigung auch durch die Betriebsabgrenzung	346
d) Problemfälle eines betriebsbezogenen Verständnisses	348
e) Lösungsansatz	352
5. Rückausnahme Gesellschafterfremdfinanzierung	353
a) Differenzierung zweier Fallgruppen erforderlich	353
b) Gesellschafterfremdfinanzierung bei konzernangehörigen Betrieben	354
c) Gesellschafterfremdfinanzierung anderer Konzerngesellschaften	356
(1) Sinn und Zweck fraglich	356
(2) Schutz der Eigenkapitalquote des Konzerns vor Gestaltungen	358
(3) Konkrete Umsetzung aber nicht sachgerecht	359
IX. Gegenbeweis, Öffnungsklausel, subjektiver Motivtest, Billigkeitsmaßnahmen	363
1. Gegenbeweis, Öffnungsklausel, Fremdvergleich und subjektiver Motivtest	363
2. Billigkeitsmaßnahmen bei Erfassung nicht missbräuchlicher Fälle	365
X. Rechtsfolgen der Zinsschranke	370
1. Beschränkung des Zinsabzugs soweit unterkapitalisiert	370
2. Rechtsfolgen bei Gesellschafterfremdfinanzierung nicht folgerichtig	371
3. Abzugsverbot, Besteuerung der Zinserträge und Umqualifizierung	373

C. Erkenntnisse aus der Zinsschrankenanalyse	376
I. Zielerreichung der Zinsschranke	376
1. Grundüberlegung und Ansatz	376
2. Wirkung auf die problematischen Fallgruppen	377
a) Gesellschafterfremdfinanzierung	377
b) Outbound-Beteiligungsfinanzierung	378
c) Zwischenschaltung von Finanzgesellschaften	379
d) Outbound-Beteiligungsrefinanzierung	380
e) Inbound-Akquisitionsfinanzierung / LBO	382
f) Restfälle: Steueroptimale Bandbreitennutzung	385
3. Bewertung der Zielerreichung	385
II. Ableitung von Änderungsvorschlägen für die Zinsschranke	387
1. Bemessung des Fremdfinanzierungsumfangs	387
a) Grundproblem	387
b) Hinzuziehung weiterer Kennzahlen	387
c) Branchenbezogene Grenzwerte	389
d) Allgemeine Öffnungsklausel	389
e) Zurückführung des Untergangs von EBITDA- und Zinsvorträgen	390
2. Erfolg der Steuergestaltung / Inlandsbeschränkung	390
3. Eigenkapitalvergleich	391
a) Grundproblem	391
b) Hinzuziehung weiterer Kennzahlen	392
c) Bereinigung des Eigenkapitals des Betrieb um vorübergehende Verluste	392
d) Anhebung der Toleranzgrenze	393
e) Verwendung einer Fremdkapitalquote	393
f) Missbrauchsbezogene Modifikation der Beteiligungsbuchwertkürzung	394
g) Missbrauchsbezogene Reduktion von § 8a Abs. 3 KStG	395
4. Rechtsfolgen bei Gesellschafterfremdfinanzierung	395
III. Zusammenfassende Bewertung der Zinsschranke	396
1. Überblick und konzeptionelle Beurteilung	396
2. Bewertung der Regelungskomponenten im Detail	398
a) Übermäßige Fremdfinanzierung	398
b) Asymmetrische Gruppenfinanzierung	399
c) Gesellschafterfremdfinanzierung	401
3. Zusammenfassende Bewertung / Ergebnis	402
Dritter Teil - Neubewertung der Vereinbarkeit mit höherrangigem Recht	404
A. Verfassungsrechtliche Beurteilung nach diesem Verständnis	404
I. Besteuerung nach der Leistungsfähigkeit / objektives Nettoprinzip	404
1. Bestandsaufnahme	404
2. Neubewertung der Zinsschranke	407
a) Notwendigkeit einer Neubewertung anhand der gewonnenen Erkenntnisse	407
b) Verletzung des Schutzbereichs	408
c) Grundsätzliche Rechtfertigung durch typisierte Missbrauchsabwehr	409
d) Rechtfertigung durch außerbetriebliche Mitveranlassung	411
e) Folgerichtigkeit der Missbrauchstypisierung durch die Zinsschranke	413
f) Angemessenheit der Typisierung	417
II. Substanzbesteuerung und Übermaßverbot, Art. 14 Abs. 1 GG	419
1. Bestandsaufnahme und bisherige Beurteilung	419
2. Kritik und Bewertung	421
a) Schutzbereich des Art. 14 Abs. 1 GG	421
b) Rechtfertigung des Eingriffs als Fiskalzwecknorm	422
c) Rechtfertigung als typisierte Missbrauchsabwehr	423

III. Gesetzmäßigkeit der Besteuerung / Legalitätsprinzip	426
1. Verstoß gegen die Normenklarheit durch die komplexe Norm	426
a) Bestandsaufnahme	426
b) Kritik und Bewertung	427
2. Verweisung auf außerparlamentarische Rechnungslegungsnormen	430
a) Bestandsaufnahme	430
b) Kritik und Bewertung	431
3. Strukturelle Vollzugsdefizite	435
a) Bestandsaufnahme	435
b) Kritik und Bewertung	435
B. Unionsrechtliche Beurteilung	439
I. Primärrecht: Niederlassungs- / Kapitalverkehrsfreiheit, Art. 49, 63 AEUV	439
1. Grundfreiheiten und Schutzbereich	439
a) Grundfreiheiten und Konkurrenzverhältnis	439
b) Schutzbereich der Niederlassungsfreiheit	440
2. Keine unmittelbar diskriminierende Wirkung durch die Zinsschranke	441
3. Verletzung der Niederlassungsfreiheit durch § 15 S. 1 Nr. 3 KStG	442
a) Auffassung im Schrifttum	442
b) Differenziertes Ergebnis bei zutreffender Vergleichspaarbildung	444
(1) Vergleichsgruppenbildung	444
(2) Vorproblem: Fehlen von Gewinnabführungsverträgen	446
(3) Vergleichbare Fallgruppe ist wesentlich theoretisch denkbar	448
(4) Zwischenergebnis: Schutzbereichsverletzung nur im Ausnahmefall	449
4. Rechtfertigung der Verletzung des Schutzbereichs durch § 15 S. 1 Nr. 3 KStG	450
a) Auffassung im Schrifttum	450
b) Grundsätzliche Kritik	452
c) Eigene Bewertung und alternative Rechtfertigungsansätze	454
(1) Sachverhaltsabgrenzung	454
(2) Lösung des § 15 S. 1 Nr. 3 KStG grundsätzlich sachgerecht	454
(3) Weitere Rechtfertigungsgründe	456
(4) Europarechtskonforme Auslegung und normerhaltende Reduktion	457
II. Sekundärrecht: Zins- und Lizenzrichtlinie	458
1. Fragestellung und Literaturmeinung	458
2. Sachstand nach der Entscheidung in Sachen „Scheuten-Solar“	459
C. Völkerrechtliche Beurteilung	460
I. Doppelbesteuerungsabkommen / OECD-MA	460
1. Doppelbesteuerung als Folge der Zinsschranke	460
2. Bestandsaufnahme: Zinsschranke und Doppelbesteuerungsabkommen	461
3. Verhältnis zwischen DBA und Zinsschranke / Anwendungsvorrang	462
a) Grundsätzlicher Vorrang der Doppelbesteuerungsabkommen	462
b) Vorrang der Zinsschranke als speziellere Norm fraglich	464
(1) Treaty-override durch die Zinsschranke	464
(2) Verfassungsrechtliche Zulässigkeit	464
c) Im Einzelfall Nachrang der DBA aufgrund spezieller Abkommensregelungen	466
4. Kollision und Vereinbarkeit der Zinsschranke mit den Regelungen der DBA	466
a) Ansatz und Fragestellung	466
b) Art. 11 OECD-MA: Zinsen	467
c) Art. 24 OECD-MA: Gleichbehandlung	468
d) Art. 7 OECD-MA: Unternehmensgewinne und Betriebsstätten	469
(1) Keine Bedeutung bei unselbstständigen Betriebsstätten	469
(2) Sonderprobleme bei transparent besteuerten Mitunternehmenschaften	470

e) Art. 9 OECD-MA: Verbundenen Unternehmen	472
(1) Zweck und Bedeutung	472
(2) Kollision mit der Zinsschranke	473
(3) Zinsschranke als Gewinnzuordnungsregelung nach arm's length	475
(4) Prüfung alternativer Auslegung	476
II. Weitere zwischenstaatliche Abkommen	477
1. EWR-Abkommensrecht	477
2. Zinsertragsbesteuerungsabkommen mit der Schweiz	478
Vierter Teil - Zusammenfassung der Ergebnisse / Thesen	479
Literaturverzeichnis	490
Rechtsquellenverzeichnis	512
Rechtsprechungsverzeichnis	518
Verzeichnis der Verwaltungsanweisungen	523